Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

03.07.2026

Freie Wohlfahrtspflege warnt vor Schieflage in der Sozialdebatte

Spitzenverbände fordern Perspektivwechsel: Soziale Ausgaben sind Investitionen in Stabilität und Zusammenhalt

Berlin, 06.07.2026 – Die Spitzen der Freien Wohlfahrtspflege haben sich bei ihrem jüngsten Treffen besorgt über die aktuelle Debatte zur Kostenentwicklung im Sozialbereich gezeigt. Anlass ist der Beschluss „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ der Bundeskanzler/Ministerpräsident:innen-Konferenz. In einem gemeinsamen 10-Punkte-Papier positioniert sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der

Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) dazu und warnt vor einer verengten Debatte, in der Sozialleistungen vor allem als Kostenfaktor betrachtet werden. Die Verbände fordern, Effizienz nicht mit pauschalen Kürzungen gleichzusetzen, sondern soziale Leistungen wirksam, verlässlich und praxistauglich weiterzuentwickeln.

„Soziale Ausgaben sind Investitionen in gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität. Sie ermöglichen Erwerbsarbeit, verhindern Folgekosten und sichern den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, betonen die Verbände.

Soziale Arbeit verhindert Folgekosten

Aus der Praxis ist belegt, dass soziale Dienste erhebliche Folgekosten vermeiden. Erfolgreiche Jugendarbeit kann dazu beitragen, Unterstützungsleistungen im Erwachsenenalter zu vermeiden. Einsparungen bei Schulassistenz können dazu führen, dass Eltern ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder aufgeben müssen. Wer bei Prävention kürzt, muss später umso mehr in Krisenintervention investieren.

Sozialleistungen betreffen die gesamte Gesellschaft

Die Wohlfahrtsverbände unterstreichen zudem: Soziale Leistungen kommen nicht nur vermeintlich abgegrenzten Gruppen zugute. Jede und jeder kann – etwa durch Unfall, Krankheit oder veränderte Lebensumstände – darauf angewiesen sein. Sozialleistungen sind Ausdruck einer solidarischen Gesellschaft und dienen der Absicherung aller.

Subsidiaritätsprinzip sichern – soziale Infrastruktur stärken

Die Spitzenverbände warnen davor, das Subsidiaritätsprinzip in Frage zu stellen. Es ist ein Kernelement der Sozialstaatlichkeit in Deutschland: Freie, gemeinnützige Träger leisten mit professionellem und freiwilligem Engagement soziale Dienste nah an den Menschen und sichern Vielfalt, Wahlfreiheit und bedarfsgerechte Unterstützung vor Ort. Es gilt ein grundsätzlicher Vorrang der Leistungserbringung durch freigemeinnützige Träger vor der öffentlichen Hand. Wer das Subsidiaritätsprinzip schwächt, gefährdet die Leistungsfähigkeit sozialer Infrastruktur. Zugleich sehen die Verbände die dramatische Finanzlage vieler Städte und Landkreise mit großer Sorge. Deren Finanzprobleme lassen sich jedoch nicht durch Einschränkungen der freien Träger lösen.

Achim Meyer auf der Heyde, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) betont:

„Das Subsidiaritätsprinzip ist kein Kostenproblem, sondern eine Stärke unseres Sozialstaats. Freie gemeinnützige Träger und Kommunen sichern gemeinsam soziale Infrastruktur vor Ort – bürgernah, vielfältig und verlässlich. Wer diese Zusammenarbeit schwächt, schwächt die Hilfe für die Menschen. Effizienter Ressourceneinsatz heißt nicht, bewährte Strukturen zu beschneiden, sondern sie so auszustatten, dass sie wirken können."

Wohlfahrtspflege als Partnerin der Politik

Die Freie Wohlfahrtspflege versteht sich als verlässliche Partnerin auch bei der Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme. Sie steht für einen konstruktiven Dialog bereit und kann ihre Praxiserfahrung aktiv in Reformprozesse einbringen. Voraussetzung dafür ist eine verbindliche

Einbeziehung.

Dateien

Posititonierung zum MKP-Beschluss 194 KB

Pressemitteilung Schieflage in Sozialdebatte 126 KB

Zum Seitenanfang

Veröffentlichungen

Detailseite Doku -VA 30.9.2026 Primärversorgung
Aktuelle Meldungen
Stellungnahmen/Positionen
Pressemitteilungen
Pressemitteilungen 2025
Publikationen